

Landtag diskutiert Lehrer*innenbesoldung

Landesregierung ist am Zug – A13 muss kommen!

Die GEW NRW begrüßt, dass die ungleiche und aus Sicht der Bildungsgewerkschaft in Teilen verfassungswidrige Besoldung der Lehrer*innen im Landtag auf der politischen Agenda steht.

„Es muss endlich gehandelt werden, daher ist diese Debatte überfällig,“ erklärte heute GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer. „Die neue Landesregierung ist jetzt am Zug. Wer dauerhaft etwas gegen den zunehmenden Lehrkräftemangel tun will, muss endlich ein gerechtes Besoldungssystem einführen. Es ist nicht zu rechtfertigen, dass an Grundschulen und Schulen der Sekundarstufe I bei gleichwertiger Ausbildung rund 500,- Euro weniger pro Monat verdient wird als an den Schulen der Sekundarstufe II.“

Angesichts der dramatischen Entwicklung auf dem Lehrer*innenarbeitsmarkt fordert die GEW NRW die Landesregierung zu einem zweigleisigen Vorgehen auf. Es gehe zum einen darum, jetzt alles zu tun, um den Unterrichtsauffall zu bekämpfen. Zudem aber sei die Landesregierung gefordert, ihre Verantwortung für die langfristige Sicherung des Lehrkräftebedarfs konsequent wahrzunehmen. Dorothea Schäfer wörtlich: „Der Lehrkräftemangel stellt die Qualität schulischer Bildung in Frage und verschlechtert die Arbeitsbedingungen weiter. Er ist kein nur vorübergehendes Problem. Langfristig hilft nur eine deutliche Attraktivitätssteigerung des Berufs. Hier ist – auch unter Rot-Grün, einiges verschlafen worden. Schade, dass SPD und Grüne erst in der Opposition die Besoldung ändern wollen. Die von ihnen vorgelegten Anträge finden aber natürlich unsere Unterstützung.“

Mit Blick auf die vom Schulministerium geplante Werbekampagne für den Lehrer*innenberuf erklärte die GEW-Landesvorsitzende abschließend: „Sie wird ins Leere laufen, wenn der Lehrerberuf insgesamt nicht attraktiver gestaltet wird. Durch mehr Entlastung und eine zügige Besoldungsreform, die die Bezahlung aller Lehrkräfte unabhängig von der Schulform nach A13 garantiert. Kleine Kinder - kleines Geld, große Kinder - großes Geld“, nach diesem ungeschriebenen Gesetz werden Lehrer*innen in NRW bezahlt. Damit muss jetzt Schluss sein“, forderte Dorothea Schäfer.